

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1850

Dresdner Nachrichten Dresden
Sensations-Sammelnummer: 25541
Für die Nachdruckspresse. Nr. 20011
Schriftleitung: Dr. Hauptmannsche
Dresden - R. L. Westendstraße 26/28

Druckerei bei Höglund: Normaler Zeitungsbogen monatlich 2,40 RM. (einfachlich 80 Pf. für
Zeitungsbogen), durch Postporto 2,40 RM. einschließlich 50 Pf. Postgebühr (ohne Postabrechnungsschluß
bei freier innerdeutscher Versand). Nummern 10 bis, außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigen-
preise: Die einzelpage 50 mm breite Seite 80 Pf., für ausweitung 40 Pf. Familienanzeigen und
Stellengesuch ohne Rohr 10 Pf., außerhalb 25 Pf., die 50 mm breite Postkarte 200 Pf. 500
ausweitung 250 Pf. Postgebühr 50 Pf. Auswärtige Aufträge gegen Voranzeigung

Druck u. Verlag: Siebeck & Weidelschütz
Dresden, Postfach 810, 1000 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) gestattig. Unterfangene
Schreibpapiere werden nicht aufbewahrt

Gebhafter Beginn des neuen Reichstags

Preisabbau!

Von - und Gehaltsabbau bewegen gegenwärtig die Gemüter auf das tiefste. Gewiß, man sieht bei nüchterner Überlegung ein, daß in der gegenwärtigen Krise nur eine schiedende Maßnahmen Erleichterungen bringen können. Man fühlt, oft freilich nur dunkel, daß wir in den letzten Jahren Irrewege in unserer gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik gegangen sind. Denn wie könnte sonst die Erwerbslosenziffer auf der phantastischen Höhe von drei Millionen stehen, wie müßte man sonst fürchten, daß sie in diesem Winter die vier-Millionen-Grenze überschreiten könnte. Man erkennt, es müßte jetzt endlich etwas geschehen und Opfer gebracht werden. Aber, so wird man den zunächst Beteiligten, den Beamten und neuerdings den Berliner Metallarbeitern, zugeben müssen, die Opfer haben nur dann Wirkung, wenn sie sich gleichmäßig auf alle Schichten unseres Volkes erstrecken. Und hierzu gehört, daß parallel und wo immer es geht, sogar vor dem Vohnabbau der Preisabbau erfolgt. Nur wenn es gelingt, im mindestens gleichen Ausmaß wie die Löhne die Preise zu senken, und zwar die Preise, die der Konsument zu zahlen hat, ist ein wirtschaftlicher Erfolg der Vohnabbau maßnahmen vorhanden. Denn nur dann haben wir Aussicht darauf, unter vielfach zu teuren Produkten wieder im Konkurrenzfeld mit dem oft weit billigeren Auslande abzuschneiden und unsere Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern. Nur das kann und muß der Sinn der Vohn- und Preisabbauaktionen sein.

Sinken die Preise im gleichen Ausmaß wie die Löhne, dann ist keine Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen eingetreten. Gelingt es aber dadurch, zahlreiche Arbeitslose durch die neu erwachte Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in den Produktionsprozeß einzugliedern, dann tritt sogar trog niedriger Löhne eine Verbesserung der Gesamtlebenshaltung unseres Volkes ein. Das gilt auch für den einzelnen, der jetzt noch in Vohn und Brot steht. Auch er ist ja an einem Sinken der Erwerbslosigkeit interessiert, weil er nur so vor neuen Belastungen, die ihn aus der Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge erwachsen, und vor neuen Steuern infolge der sich wieder vermehrenden Zahl der Steuerzahler geschützt werden kann.

Wir sehen also, es gibt für unseren wirtschaftlichen Aufschwung einen springenden Punkt, den Preisabbau. Von ihm hängt das Wohl oder Wehe aller wirtschaftenden Menschen, seien sie Unternehmer oder Arbeiter, Angestellte oder Beamte, gleichmäßig ab. Allerdings kann man es niemandem verargern, wenn er in bezug auf die Möglichkeiten eines Preisabbaues sehr skeptisch denkt. Man braucht nur daran zu denken, wie lebhaft sich die Reichsregierung im Herbst 1925 für einen Preisabbau einsetzte und doch das gerade Gegen teil erreichte. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten kletterten damals, wie die amtlichen Indexziffern zeigen, trotz der Bemühungen der Regierung ständig in die Höhe, und zwar von 141,2 nach Beginn der Preisentlastungsaktion zu Beginn des Jahres 1926 bis auf 158,8 im Jahre 1929. Also ein völliger Misserfolg! Soll es diesmal wieder so werden? Die Frage ist verständlich. Und wenn man ihr nun mit einem optimistischen Nein antworten sollte, so würde man vielfach zunächst nur Misstrauen und erheblichen Zweifel begegnen. Allein die wirtschaftliche Situation ist heute ganz anders als vor fünf Jahren. Damals war in allen Industrieländern und auch in Deutschland die Konjunktur aufstrebend. In solchen Zeiten herrscht fast eine gute Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitskräften. Preise und Löhne pflegen mit elementarer Kraft zu steigen. In dieser Lage, so zeigte es sich, ist es ein vergleichliches Vermögen, der Wirtschaft eine Preisentlastung vom grünen Tisch der Regierung aus vorzuschreiben. Die Wirtschaft folgt ihren eigenen Gesetzen. Es ist unmöglich, sie in das Prokrustesbett staatlicher Maßnahmen zu zwängen, die der Tage auf dem Binnen- und dem Weltmarkt widersprechen. Wenn wir also zur Zeit nicht eine preissenkende Tendenz in der Wirtschaft selbst verspüren würden, dann müßten wir jede Hoffnung aufgeben, daß ein Preisabbau durch Druck einer Regierung – und wäre es die beste und energischste – erzielt werden könnte. Glücklicherweise gibt es genügend Anzeichen, die einen Erfolg der Preisabbaumassnahmen gewährleisten. Bekannt ist der große Preissturz auf allen Rohstoffmärkten. Gummi, Eisen, Kupfer, Blei und auf dem Weltmarkt stellenweise unter das Kriegsniveau gesunken. Ein Beweis dafür, daß die oft geäußerte Ansicht, die Preise müßten mit der Kraft eines Naturgesetzes auf ihrer inflationistischen Nachkriegshöhe stehenbleiben, ein Überlaub ist. Für Deutschland bedeutet dieser Sturz der Rohstoffe, da es auf Einfuhr der selben aus dem Auslande angewiesen ist, eine große Erleichterung. Schätzungsweise waren wir seitdem bei unserer bedeutenden Rohstoffseinfuhr ungefähr zwei Milliarden Mark jährlich. Aber hat sich das in den Preisen ausgewirkt? Ja – aber noch nicht in allen. Zunächst einmal sind die Indeziffern der sogenannten reagiblen Warenpreise, d. h. jener Waren, die, wie Maschinenbau, Schrott, Messingblech, Blei, Glas und

Schwere Ausschreitungen im Zentrum Berlins

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Okt. Die Ansammlungen vor dem Reichstagsgebäude verstärkten sich in den Mittagsstunden. Gegen 14 Uhr wurden polizeiliche Verstärkungen herangezogen, da von Teilen des Publikums auch Angriffe unternommen wurden. Die Polizei entschloß sich nach einiger Zeit, die Menge um das Reichstagsgebäude zu räumen und das Gebäude in einem größeren Umkreis abzusperren. Dabei wurde auch von dem Gummiträppel Gebrauch gemacht. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Gegen 4 Uhr nahmen die Demonstrationen sehr ernste Formen an. Die Polizei drängte die Demonstranten mit der Peitsche immer mehr zum Lustgarten ab und setzte, als die Demonstranten mit Steinwürfen vorgingen, berittene Polizisten ein.

Nachdem die Polizei die vor dem Reichstagsgebäude angesammelten Mengen abgedrangt hatte, sammelten sich etwa 200 junge Burschen in der Budapester Straße und zogen dem Potsdamer Platz zu. An der Ecke Lennéstraße machte der Trupp vor einer dort gelegenen Konditorei

halt und blieb eine Zeitlang auf dem Bürgersteige stehen, wobei gerufen wurde: "Deutschland, erwache!" Die Demonstranten drohten mit erhobenen Fäusten in das Lokal hinein, so daß die Gäste, die einen Sturm befürchteten, sich in die hinteren Räume des Lokals zurückzogen. Wenige Minuten später prasselte ein Hagel von Plastersteinen gegen das Café, dessen sämliche Scheiben im Augenblick zertrümmerter waren. Dann zog die randalierte Menge über den Potsdamer Platz weiter, wo die wenigen Verkehrsmenschen völlig machtlos waren. Allerdings ist von diesen Beamten offenbar viel zu spät eine Meldung an das Polizeipräsidium gegeben worden.

Der erste Ansturm galt dem Warenhaus Wertheim in der Leipziger Straße. Offenbar auf Verabredung verteilten sich die jungen Burschen über die ganze Front des Warenhauses, und in wenigen Sekunden klirrten die Fensterscheiben der großen Auslagen im Erdgeschoss und in der ersten Etage zu Boden. Die Auslagen wurden eingeschlagen, und die Demonstranten streckten drohend das Faust dem Personal entgegen, das erschrockt an die Fenster eilte. Im Warenhaus selbst kam es zu einer panikartigen Stimmlage, da viele Besucher, die das Krachen der Fensterscheiben hörten, im ersten Augenblick an Explosionen dachten und nach den Ausgängen flüchten, um sich in Sicherheit zu bringen.

Augenzeugen berichten, daß eine starke Kolonne im Laufschritt von dem Potsdamer Platz aus die Leipziger Straße herunterrannte

mit kleinen vierkantigen Plastersteinen,

die zum Plastern der Bürgersteige dienen, die Schaufenster einwirkt. Die Täter müssen ganz genau gezielt und nach einem vorbereiteten Plan gearbeitet haben. Außer den Geschäftsräumen Wertheim und Grünfeld wurde das Seidenhaus Cords und die Firma Bettel, Bud & Lachmann (Damen- und Kinderbekleidung) aufs Korn genommen, ebenso wurden bei der Firma S. Adam große Auslagen zertrümmt. Auch bei der Markgrafenstraße wurden zwei große Fensterscheiben eingeschlagen.

Die ganze Leipziger Straße macht einen traurigen Eindruck.

Bei Wertheim sind die Eisengitter vor die Schaufenlagen gesetzt, Arbeiter sind damit beschäftigt, die Scheiben mit Holzverschlägen notdürftig zu stopfen, soweit sie nicht ganz herausgenommen werden müssen. Das große Fenster des Wertheimgebäudes ist gänzlich zertrümmt und dunkel. Auf den Straßen vom Potsdamer Platz bis zum Dönhofplatz herrscht ein ungeheuerer Auflauf. Polizeiautos beherrschten den Fahrweg. Der Verkehr steht, berittene Polizisten drängen die Menge bis auf die Bürgersteige, um Provokateure zu zerstreuen. Die großen Geschäfte erhalten polizeilichen Schutz.

Auf Anfrage erhält unsere Berliner Schriftleitung von der Zentrale der Berliner Nationalsozialisten, daß die NSDAP mit diesen Ausschreitungen nicht das geringste zu tun hat. Sie teilt weiter mit, daß die nationalsozialistischen Führer die Vorgänge beobachteten und dabei die Feststellung gemacht haben, daß

die Ausschreitungen von stadtbeauten kommunistischen Provokateuren

ausgegangen sind. Die Polizei hat nach einer weiteren nationalsozialistischen Mitteilung diese ihr ebenfalls bekannte Partei beobachtet und zum Teil festgestellt. Die Hitler-Rute, die bei der Verstörung der Wertheim-Fensterscheiben ausgestoßen worden sind, sind nach nationalsozialistischen Behauptungen ebenfalls von Kommunisten ausgegangen.

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidienten wurden insgesamt 58 Personen verhaftet, die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören.

Hochspannung im Ballot-Bau

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Okt. Viele Leute, die glaubten, daß es angesichts des Anwachsens der Flügelfraktionen rechts und links zu einer stürmischen Eröffnungsfeier, womöglich mit handgreiflichen Auseinandersetzungen kommen würde, sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Zwar lag, als der Alterspräsident Herold um 8 Uhr die neue Legislaturperiode eröffnete, eine Hochspannung über dem Hause, zumal die Nationalsozialisten im Brauhembund geschlossen den Saal betreten hatten. Aber die Kommunisten, die die "Kollegen" von rechts aus zahlreichen Wahlversammlungen draußen im Lande kennen und dort keine ermutigenden Erfahrungen gemacht haben, hielten sich zurück, und als man einmal glaubte, jetzt fällt der erste Schlag, hielt der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Frick seine Freunde zurück, und im Augenblick sahen alle nationalsozialistischen Abgeordneten auf ihren Plätzen. Die unerträgliche Disziplin der Nationalsozialisten rettete die Situation, die schon bedrohlich zu werden versprach.

Im Plenarsaal ist es also heute entgegen vielen Erwartungen ziemlich ruhig abgegangen, im Gegensatz zu den Straßen rund um den Reichstag, wo Polizei gegenüber den verschiedenen "Heil-Hitler"-Ruten vom Gummiträppel Gebräuch zu machen für notwendig erachtete. Nebenbei gleich mit der herannahenden Stunde der Reichstagsöffnung das Reichstagsgebäude ein wenig einem Heertor. Immer wieder rollten Hunderttausendstafetten an, und man hörte in weitem Umfang das Reichstagsgebäude ab.

Währenddessen erledigte der neue Reichstag sein erstes Sitzungsgespenst.

Das Bild im Plenarsaal ist vollkommen neu.

Man kann nicht sagen, daß der militärische Akzent der Brauhembund einen schlechten Eindruck gemacht hätte. Eine Menge junger frischer Männer sitzt in dem etwas verstaubten Hause am Platz der Republik sicher ganz gut.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Häute, in sehr großen Mengen börsenmäßig gehandelt und deshalb in ihrer Preisentwicklung sehr leicht dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage, sowie der internationalen Beeinflussung unterliegen, seit 1928 von 184,7 auf 99,4 Mitte 1930 und seit Beginn des Jahres 1930 von 111,5 auf 99,4 zurückgegangen. Die deutschen Großhandelsziffern sind ebenfalls im Fallen. Ihr Rückgang beläuft sich seit 1928 von 140,0 auf 124,5 Mitte 1930 und seit Beginn des Jahres 1930 von 122,9 auf 124,5 Prozent.

Aber, so wird man dem entgegenhalten, diese Ziffern mögen recht schön sein, der Verbraucher spürt jedoch von ihnen nichts. Die Kosten des täglichen Bedarfs seien nicht kleiner geworden, sie seien, wenn man neue Steuern, höhere Sozialabgabe, Mieten und viele höhere Tarife für Wasser, Eisenbahngesellschaften, Gas, Elektrizität in Erwägung zieht, so gar gestiegen. An diesem Einwand ist allerdings viel Wahres. Aber man darf nicht vergessen, daß ein Rückgang der Preise sich nur langsam und ungleichmäßig durchsetzt. Von der Erzeugung bis zum Kleinverkauf ist heute ein weiter Weg. Charakteristisch dafür ist die Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten bis zum Jahre 1930 stetig ansteigen, obwohl die Großhandelspreise bereits seit einem Jahre rückläufig waren. Erst dann schlossen sich auch die Lebenshaltungskosten ganz langsam dieser Tendenz an. Sie sind allerdings im Verlauf von gut einem Jahre von 158,8 Prozent auf 146,9 im September dieses Jahres gesunken. Ein Beweis dafür,

dass die allgemeine Preisrevolution sich, wenn auch langsam, aber trotzdem unaufhaltsam, auf die täglichen Lebenshaltungskosten auswirken muß. Was zeigt uns diese Betrachtung? Wir stehen erst am Anfang des allgemeinen Preisabbaus, der notwendig ist, um den Millionen feiernden Hände wieder Arbeit zu verschaffen, dadurch, daß Deutschland wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt wird. Dieser Preisabbau ist schon deshalb unvermeidbar, weil die Rohstoffländer, die als Hauptabnehmer unserer Industrieprodukte in Frage kommen, durch den Preissturz ihrer Erzeugnisse in ihrer Kaufkraft stark geschwächt sind. Aus inneren Gesetzen der Wirtschaft müssen die Preise also sinken. Die Regierung ist diesmal, im Gegensatz zu 1925, in der glücklichen Lage, diese notwendige Entwicklung durch vernunftgemäße Einwirkungen auf Kartelle und Gewerkschaften zu unterstützen. Allgemeine Opfer müssen für dieses lohnende Ziel allerdings gebracht werden. Aber es besteht Aussicht, daß sie sich in nicht allzu ferner Zeit lohnen. Dabei ist notwendig, daß die führenden Persönlichkeiten mit gutem Beispiel vorangehen. Auch unser übertriebenes und kostspieliges Verbandswesen wird ebenso wie die Beziehungen vieler leitender Persönlichkeiten der Wirtschaft in erster Linie einer Korrektur bedürfen. Nur dann kann man von der Allgemeinheit Opfer verlangen, die nach kurzer Uebergangszeit sich doch als kleine Opfer erweisen, weil sie die unvermeidliche Preisabsenkung entscheidend vorwärtsgetrieben haben.